

Von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt: Konsequenzen für Stadtpolitik und öffentlichen Raum

Christine Hannemann

Einleitung

Der Beitrag analysiert aktuelle städtische Entwicklungsprozesse, die mit dem Begriff „schrumpfende Städte“ zusammengefasst werden. Dieser Begriff hat sich aktuell insbesondere zur Kennzeichnung der Stadtentwicklung in Ostdeutschland eingebürgert. Schlagworte wie Finanznot, Deindustrialisierung, Bevölkerungsrückgang und Suburbanisierung kennzeichnen die Problematik. Insbesondere wird folgenden Fragen nachgegangen: Was ist allgemein gültig, da „Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum“ zunehmend eine übergreifende Realität entwickelt? Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland? Was unterscheidet diesen Prozess von westdeutschen Entwicklungen? Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Rahmenbedingungen für Stadtpolitik und öffentlichen Raum?

Stadtschrumpfung als Stadtentwicklungstyp

Schrumpfende Städte sind als Stadtentwicklungstyp seit mehr als 30 Jahren ein in Deutschland auftretendes Phänomen. Seit den 1970er Jahren wurde in verschiedenen Einzelanalysen dieser Entwicklungspfad thematisiert, zunächst jedoch wissenschaftlich und kommunalpolitisch weitgehend ignoriert (vgl. z.B. Göb, 1977; Hartke, 1978, 1984; Häußermann & Siebel, 1988). Neuerdings jedoch, angesichts der dramatischen Entwicklung insbesondere ostdeutscher Städte, erfährt dieses Problemfeld eine eruptive Ausweitung: Allerorten wird nach Konzepten gesucht, die Stadtentwicklung unter schrumpfender Perspektive thematisieren. Denn wie soll sich ein Gemeinwesen entwickeln, das sich weder durch Zuzüge noch durch eigenen Nachwuchs reproduziert? Was kann aus einer Stadt werden, deren Bürger mehrheitlich alt sind und immer älter werden? Wie kann ein solches Gemeinwesen angesichts fehlender finanzieller Ressourcen existieren? Wie kann die soziale und technische Infrastruktur aufrechterhalten werden? Welche sozialen Institutionen müssen geschlossen und welche Stadtviertel sollen abgerissen werden? Das sind Fragen, die sich heute in fast allen ostdeutschen Städten stellen und zunehmend auch in denen Westdeutschlands. Denn unabhängig von Lage, Größe, wirtschaftlicher Basis, Geschichte und administrativem Status zeigen sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wende besonders in den tief greifenden Schrumpfungsprozessen fast aller Städte und Regionen Ostdeutschlands. Die anfängliche Deutung des Phänomens „Schrumpfung“ als Problem der „Strukturbereinigung“ in Folge der deutschen Wiedervereinigung hat sich inzwischen zu einem „auf Dauer gestellten“ Problem entwickelt. Es zeigt sich, dass die ostdeutschen Städte nicht Einzelfälle, sondern eine Variante eines partiell auch internationalen Phänomens sind, in dem wirtschaftlicher Strukturwandel und daraus folgende Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und Deurbanisierung zusammenfallen. Die Auswirkung dieser Faktoren wird durch den rasanten Verlauf dieser Wandlungsprozesse noch einmal potenziert. Inzwischen sind nahezu alle ost-

deutschen Stadttypen und Regionen betroffen: Groß- und Mittelstädte (Glock, 2002; Franz, 2003), Klein- und Landstädte (Hannemann, 2002), DDR-Entwicklungsstädte, DDR-Altbaustädte und DDR-Doppelstädte (BMVBW, 2000) sowie die ländlichen Regionen (Kil, 2002). Eine Entwicklung, die zwar schon seit der Wende offensichtlich wurde, aber erst seit kurzem politisch und wissenschaftlich nicht mehr ignoriert wird. Gegenwärtig erst ist es politisch opportun, das „Schrumpfen“ als folgenreichen Pfad von Stadtentwicklung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die grundlegenden Ursachen des Schrumpfungsprozesses sind bekannt: Der ökonomische Strukturwandel seit den 1970er und frühen 1980er Jahren offenbarte sich im Niedergang traditioneller Industrieregionen. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren Krisensymptome jener Regionen und Städte, die bis dahin als Zentren des industriellen Wachstums galten. Vor allem die Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung, ausgelöst durch den Wandel der so genannten Entwicklungsländer von Rohstofflieferanten zu Standorten industrieller Massenproduktion, verschärfte den Konkurrenzkampf auf dem internationalen Markt. Hatte die Industrialisierung in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu einem explosionsartigen Wachstum städtischer Agglomerationen geführt, so wurde nun eine Implosion dieser Räume konstatiert. Das internationale Wirtschaftsgefüge verschob zum einen die Regionalproportionen und zum anderen das Leitbild anhaltend wachsender (Groß-)Städte in den entwickelten Industriestaaten. Vor allem altindustrielle Städte Westdeutschlands wie Duisburg, Bochum, Völklingen und Bremerhaven, deren wirtschaftliche Basis von den klassischen Hochindustriesektoren Bergbau, Kohle, Stahl und Schiffsbau bestimmt war, wurden infolge von Deindustrialisierung und Tertiärisierung zu schrumpfenden Städten.

Trotz der Offensichtlichkeit des neuen urbanen Problems löste dieses bis Ende der 1990er Jahre jedoch keine wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Bemühungen aus. Angesichts des weitgehend ungebrochenen Festhaltens an der Gleichsetzung von Entwicklung und Wachstum in industriellen und postindustriellen Gesellschaften scheint es berechtigt zu sein, deren ideellen Hintergrund auch in einer „Wachstumsmentalität“ (Hager & Schenkel, 2000) zu vermuten. Gerade in Deutschland, aber auch in anderen entwickelten Industrieländern, hat sich ein System ökonomisch-technischer Rationalität herausgebildet, das auf ständigen Fortschritt durch Wachstum setzt.

Historisch gesehen hat es Schrumpfungsprozesse von Städten und Regionen zu allen Zeiten gegeben. Dass Bevölkerungsschwankungen historisch und aktuell zur Stadtentwicklung gehören, fällt allerdings noch schwer zu akzeptieren. Gleichwohl ist die Vorstellung des unbedingten Wachstums „[...] keinesfalls uralte und stammt vor allem aus dem fortschrittsoptimistischen 19. Jahrhundert. Abgesehen vom Sonderfall des völligen Untergangs gibt es in allen Epochen der Stadtgeschichte unterschiedliche Stadtschicksale: des Wachstums, der Stagnation, der Schrumpfung. Die einzelnen Phasen können wenige Jahre oder auch Jahrhunderte dauern. Städte sind keine Organismen, die wie nach einem Naturgesetz entweder zu ständigem Wachstum

oder zum Niedergang bestimmt sind. Stadt war nicht immer gleichbedeutend mit Wachstum. Zu schnell wird heute von schrumpfenden Städten auf sterbende Städte geschlossen. Stagnation und Bevölkerungsabnahme führen nicht zwangsläufig zum Untergang, sondern sind auch als Anpassungsprozesse eines sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verbandes an veränderte Rahmenbedingungen zu werten. Die Stadtgesellschaften sind den Folgen übergeordneter Entwicklungen unterworfen, treten aber auch selbst als Akteure auf.“ (Benke, 2003, S. 1f.)

Auch überlagerten die euphorischen Prognosen nach der Wende die Stimmen all jener, die darauf hinwiesen, dass der Deindustrialisierungsprozess auch Ostdeutschland treffen würde. Angesichts der allgemeinen Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft und der besonders prekären Situation in Ostdeutschland wird hier die Brisanz des Problems durch den nicht funktionierenden wirtschaftlichen Strukturwandel besonders deutlich. Der ostdeutsche Soziologe Wolfgang Engler warnt jedoch zu Recht vor einem durchaus gängigen Denkfehler. Dieser „[...] liegt darin, dass man die deindustrialisierte Gesellschaft des Ostens mit der postindustriellen Gesellschaft des Westens verwechselt, und allen Ernstes glaubt, die Lücke schließen zu können, die die vergehende erste Moderne hinterlässt. Nur handelt es sich in Ostdeutschland nicht um eine Lücke, sondern um einen Krater, der mit weiten Teilen des Landes koextensiv ist. Ferner verging die Industriemoderne des Ostens nicht gemächlich, sondern abrupt, oft wenig mehr zurücklassend als den berühmten ‚Staub von Brandenburg‘. Und schließlich: Die postindustriellen Kerne des Westens gruppieren sich um veritable industrielle Kerne, die aus dem Umbau verjüngt und gestärkt hervorgegangen sind. Im deindustrialisierten Osten sind solche Kerne nur noch selten anzutreffen (in Jena, Eisenhüttenstadt, Leuna); im Regelfall stehen sie in einem Umland, das sie geradezu verhöhnt, wirken sie wie der letzte, mit einem VW-Motor ausgerüstete ‚Wartburg‘, den der Volksmund ‚Leiche mit Goldzahn‘ taufte.“ (Engler, 2001, S. 877) Die Ursachen des Schrumpfungsprozesses in den ostdeutschen Bundesländern sind nicht in allen Aspekten mit denen in der alten Bundesrepublik gleich gelagert: Dies wird nachfolgend kurz ausgeführt.

Besonderheiten des ostdeutschen Schrumpfungsprozesses

Wie ich in einem früheren Aufsatz analysiert habe, leiden ostdeutsche Städte an Systemproblemen aus der DDR-Zeit, die den Schrumpfungsprozess wesentlich mit bestimmen. Des Weiteren sind die Schrumpfungsprobleme „Ost“ eng verbunden mit den konkreten Bedingungen und Ergebnissen der gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland. Die wichtigsten Aussagen werden nachfolgend stark verkürzt referiert, da diese für die Diagnose der Besonderheiten des Schrumpfungsprozesses in ostdeutschen Städten grundlegend sind (vgl. Hannemann, 2003).

Zusammenfassend hatte ich analysiert, dass die Entwicklung der Städte in Ostdeutschland von Funktionsverlusten und wirtschaftlichem Strukturabbau gekennzeichnet ist. Zentrales Problem der ostdeutschen Städte ist nicht die Transformation der wirtschaftlichen Basis, sondern ihre weitestgehende Erosion. In Folge dessen dominieren

eine hohe Arbeitslosigkeit und eine stagnierende bzw. rezessive Wirtschaftsentwicklung die sozioökonomische Situation, die bis zum heutigen Zeitpunkt anhält. Daher charakterisieren hohe Sozialleistungen bei geringem Steueraufkommen und eine starke Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen das sozioökonomische Profil der ostdeutschen Städte. Da der ökonomische Wandel nicht nur durch Deindustrialisierung verursacht wird, sondern einen allgemeinen wirtschaftlichen Strukturabbau umfasst, hatte ich vorgeschlagen, treffender von einer „Deökonomisierung“ zu sprechen. Die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte ist weitgehend frei von „Marktwirtschaft“. Schaut man sich die defizitären Haushalte der ostdeutschen Städte an, wird offensichtlich, dass diese überwiegend von Transferzahlungen getragen werden. Selbst erwirtschaftete Einnahmen von der Gewerbe- bis zur Hundesteuer haben einen verschwindend geringen Anteil.

Jedoch nicht nur der Prozess der Deökonomisierung ist ein Merkmal schrumpfender Städte in Ostdeutschland. Hinzu kommt, als weiteres dramatisches Problem, der Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger Alterung in den Städten: Dieses Merkmal resultiert aus dem Abwanderungsprozess der jungen, qualifizierten Bevölkerung in die alten Bundesländer, vorwiegend als Ausbildungs- und Erwerbswanderung. Des Weiteren spielen Zuwanderungsprozesse, etwa aus dem Ausland, für Ostdeutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Zeit und in Zukunft keine Rolle. Außerdem kam es infolge der Wendeereignisse zu einem extremen Rückgang der Geburten. Innerhalb von sechs Jahren, von 1988 bis 1994, sank deren Anzahl um 60 Prozent. Zwischenzeitlich stieg ihre Anzahl wieder an, kompensiert jedoch bis heute nicht die Sterberate (vgl. z.B. Bucher & Kocks, 1996; Bucher, 1996; StaBA, 2000).

Darüber hinaus bestimmt ein weiterer Prozess den sozialen Wandel auf der räumlichen Ebene: Seit der Wende lassen sich in und aus den ostdeutschen Städten selektive Mobilitätsprozesse beobachten, die teilweise Mustern folgen, wie sie westdeutschen Städten entsprechen (Harth, Herlyn & Scheller, 1998). Die Städte in den ostdeutschen Bundesländern unterliegen Suburbanisierung und Deurbanisierung als dominierendem Prozess des sozial-räumlichen Wandels. Einer der wichtigsten Gründe ist darin zu sehen, dass durch den Jahrzehnte langen Verfall der Innenstädte diese als Wohnstandorte wenig attraktiv sind. Die notwendige Sanierung der historischen Bausubstanz in den Innenstädten verzögerte sich zu lange aufgrund von Restitution, ungeklärten Eigentumsverhältnissen und fehlendem Eigenkapital der privaten Hausbesitzer. Verschärft wurde diese stagnierende Entwicklung durch staatliche Förderung der Neuerschließung und -bebauung von Flächen außerhalb der Innenstadt. In der Folge entstanden neue städtische Räume wie Gewerbegebiete, subventionierte Wohnparks und Kleinhaussiedlungen, die eine Ausweitung städtischer Flächen bei sinkender Nachfrage bewirkten.

In den ostdeutschen Stadtregionen wurde die Wohnsuburbanisierung das dynamisierende Element der sozial-räumlichen Entwicklung. Die Verschränkung von Stadt-Umland-Migration und Funktionsverlust bei gleichzeitiger Erschließung großer Randlagen ist mehr als bloße Suburbanisierung. Sie führt zu einer Reorganisation

des gesamten Raumes, die man insgesamt als Deurbanisierung bezeichnen kann. War für die DDR eine kompakte Stadtentwicklung charakteristisch, so sind jetzt Dekonzentration und Dispersion die zentralen Elemente der raumstrukturellen Entwicklung. Dieser Prozess wurde seit Anfang der 1990er Jahre durch die Ansiedlung von rand- und/oder außerstädtischen großflächigen Einzelhandelseinrichtungen und die Ausweisung von Gewerbegebieten in Gang gesetzt. Seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich eine weitere Ausweitung dieser stadtstrukturellen Dispersion beobachten. Die Stadt-Umland-Wanderung ist kein neues Phänomen der Stadtentwicklung, aber sie erfolgt in Ostdeutschland in einer neuen Größenordnung und mit einer erheblichen Beschleunigung. Der Anteil der Umlandwanderung (am Saldo der Wanderungen) belief sich bei manchen Städten zwischen 1992 und 1999 auf nahezu fünfzig Prozent, z.B. Brandenburg/Havel 52%, Cottbus 66%, Chemnitz 51% - Wanderungsverluste (BMVBW, 2000, S. 16). Gleichzeitig wirkt die Stadt-Umland-Wanderung sozial selektiv. Die neuen Wohnangebote werden vor allem von Besserverdienenden und jenen wahrgenommen, die die Bausparförderung nutzen können. Es entstehen sektoral und räumlich ausdifferenzierte Wohnungsteilmärkte innerhalb der Stadtregionen, die mit einer beträchtlichen sozialräumlichen Restrukturierung der Wohnbevölkerung verbunden sind.

Nicht zuletzt gibt es eine Tendenz zur Verlagerung regionaler Entwicklungskräfte in städtische Randgebiete: Das Zentrum bestimmt nicht mehr die Entwicklung der Peripherie, sondern diese entwickelt sich unabhängig vom Kern und/oder dominiert diesen. Die Folge ist die heute aller Orten konstatierte Innenstadtverödung. Die für die Kernstadt charakteristische Konzentration von öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsleben und Veranstaltungen ist heute in vielen ostdeutschen Städten auf ein Minimum reduziert. Die Innenstadt repräsentiert zwar häufig die historische Geschichte der Stadt, sie steht aber zunehmend in Konkurrenz zu anderen Stadtgebieten beziehungsweise gleicht sich beispielsweise hinsichtlich des Handels den Einkaufszentren des Stadtrandes an, indem Ladenketten die Einzelhändler ersetzen. Auch führt der wachsende Durchgangsverkehr zur „Unwirtlichkeit“ von Innenstädten und Innenstadtrandbereichen für die Wohnbevölkerung, die darauf mit weiterer Abwanderung reagiert. Diese sich öffnende Schere zwischen Kernstadt und Umland versucht man mittlerweile realistisch als eine neue Form städtischer Siedlung, als „Zwischenstadt“ (Sieverts, 1997) zu typisieren. Ein planerischer Lösungsweg ist damit nicht benannt. Der Verlust an räumlicher Dichte, der durchaus Qualitäten des Wohnens befördern kann, wird erkaufte mit einer kaum tragbaren Ausdünnung der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Fazit: Stadtpolitik und öffentlicher Raum in schrumpfenden Städten

Noch immer wird der Schrumpfungsprozess in der beschriebenen Verschränkung verschiedener Problemlagen nicht durchgängig als gravierendes Problem vieler Städte anerkannt. Die umfangreichen Transferzahlungen überdecken teilweise die Wirkungen der ökonomischen Erosion. Vielfach wird noch versucht, Schrumpfung auf den demografischen Faktor und den Leerstand von Wohnungen zu reduzieren.

Dabei steht die ostdeutsche Stadttransformation paradigmatisch für einen Veränderungsprozess mit bisher für die Bundesrepublik nicht absehbaren Konsequenzen für die soziale, kulturelle, ökonomische und erst daraus folgend für die bauliche Struktur der Stadt. Abgesehen vom wirtschaftlichen Strukturwandel in den alten Industriestädten Westdeutschlands, der in besseren ökonomischen Zeiten mit umfangreichen Förderprogrammen, wie der IBA Emscherpark, hoch subventioniert abgedeckt werden konnte, vermag die deutsche Stadtentwicklung auf keine Vorbilder für solche Entwicklungen zurückzugreifen.

Im Falle Ostdeutschlands konzentriert sich die Debatte um „schrumpfende Städte“ auf der politischen Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Stadtumbau Ost“, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet wurden. Das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ ist der erste Versuch, die anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgabe der Gestaltung von Schrumpfungsprozessen zu instrumentieren. Durch seine Ausrichtung auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte werden städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Belange auf das engste miteinander verknüpft. Dies könnte zu einem für Deutschland neuen Niveau der Durchdringung von Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft führen (BMVBW, 2003).

Allerdings findet der „Stadtumbau“ bisher überwiegend als „Plattenabbau“ in Großsiedlungen statt. Dies aufgrund der dort vorhandenen homogenen Eigentümerstrukturen. Die Mittel des „Stadtumbau Ost“-Programms ermöglichen zudem den subventionierten Abriss von maximal 350.000 Wohnungen. Damit wird jedoch nur ein Viertel des heutigen Wohnungsleerstandes erfasst. Wie der Stadtumbau in den vom Leerstand weit stärker betroffenen Altbaugebieten organisiert werden kann, scheint bisher völlig offen. Hauptproblem hier ist die begrenzte Steuermöglichkeit aufgrund der heterogenen Eigentümerstruktur, die zudem noch von kleinteiligem Privateigentum gekennzeichnet ist. Aber nicht nur dieses Hauptproblem des Stadtumbaus wird wenig thematisiert, das Förderprogramm manifestiert auch eine mentale Kontinuität, die auf eine Bindung an Wachstumsideen setzt. Mit dem so genannten Stadtumbau soll eine veränderte Stadtstruktur erreicht werden, die diese weder in ihrem Charakter noch in ihrer Identität wandelt. Beispielsweise setzt das Modell der „Perforierten Stadt“, wie es zumindest konzeptionell bisher für Leipzig entwickelt wurde, letztlich darauf, durch Schrumpfung wieder Wachstum zu erzeugen. Am deutlichsten wird dies, wenn man die Argumentation, die diesem Programm zugrunde liegt, analysiert: Mit dem Abriss von Wohnungen soll der Wohnungsmarkt bereinigt werden, um danach wieder in marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituationen bestehen zu können. Auch dass der Leerstand auf das wohnungswirtschaftliche Problem reduziert wird, ist eine Einschränkung der Schrumpfungsproblematik: Der Strukturabbau in Ostdeutschland hat eine enorme Anzahl von Brachflächen und „Brachgebäuden“ (Industrie, Administration, Landwirtschaft, Militär etc.) zurückgelassen. Der Leerstand jenseits der wohnungswirtschaftlichen Problematik scheint für die politische Öffentlichkeit aber kaum von Interesse.

Symptomatisch für den sektoralen Umgang mit der Schrumpfungproblematik steht auch der nunmehr auf der politisch-administrativen Ebene etablierte Begriff „Stadtumbau“. Darunter wird inzwischen weitgehend unhinterfragt vor allem der Abriss von Wohnungen verstanden. In seiner ursprünglichen Fassung allerdings beinhaltet „Stadtumbau“ eine Auseinandersetzung um die begriffliche Fassung von „Nicht-Wachstumsprozessen“. So diskutiert Karl-Dieter Keim unterschiedliche „Denkrichtungen“ als Gegenteil zu Wachstum – „Schrumpfung“, „Stagnation“, „Kontraktion“ und „Niedergang“ – und erläutert ihre theoretischen Implikationen. Alle diese Begriffe kennzeichnen unterschiedliche Problemrichtungen, „eine Entscheidung zugunsten eines dieser Leitbegriffe erscheint nicht zwingend“ (Keim, 2001, S. 18f). Dass sich der Begriff „Stadtumbau“ durchgesetzt habe, sei „[...] verständlich, da Politik und Verwaltung eine Sprachregelung bevorzugen, die das Problem als handhabbar erscheinen lässt.“ (S. 19f.) Auf der planerischen und politischen Ebene sei jedoch die Einführung eines positiv besetzten, normativen Begriffs notwendig. Hier schlägt Keim den Begriff der „Regenerierung“ vor. Dieser Leitbegriff „soll im Sinne“ einer positiven Intentionalität die Problemdefinition mit den für hilfreich erachteten Handlungsperspektiven in Beziehung setzen. Mit dem Wort Regenerierung soll gleichzeitig der Anklang von „Erholung“ und „Erstarkung“ eines komplexen Systems verbunden werden. Der öffentliche und wissenschaftliche Diskurs hat bisher diese Überlegungen nicht aufgenommen. Im Gegenteil: Der Begriff „Stadtumbau“ ist auch in der wissenschaftlichen Debatte zum Leitbegriff avanciert.

Damit wird jedoch nicht nur die Deökonomisierung der ostdeutschen Städte ausgeklammert. Es werden auch gravierende Probleme des rasanten Bevölkerungsverlustes ausgeblendet, der sich eben nicht nur im Leerstand von Plattenwohnungen, sondern vorwiegend in der Verödung der Innenstädte zeigt, und der mit einer dramatischen demografischen Alterung der Stadtbevölkerung gekoppelt ist. Nicht nur der prognostizierte absolute Bevölkerungsrückgang, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung und die Haushaltsstrukturen signalisieren mittel- und langfristig Handlungsbedarf. Die Verschiebung der Altersstruktur bewirkt einen dramatischen Wandel der städtischen Bevölkerung, der Altersdurchschnitt der StadtbewohnerInnen wird sich deutlich erhöhen, wie es demografische Hochrechnungen nahe legen. Durch den Rückgang der Kinderzahl muss von immer weniger familiären Unterstützungssystemen für ältere Menschen ausgegangen werden.

Der Wohnungsleerstand in den ostdeutschen Ländern ist angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu verstehen, die etwa mit Abbruch zu bewältigen ist. Die prognostizierte steigende Anzahl der Haushalte kann ihn ebenso wenig kompensieren, wie die EU-Osterweiterung ihn regulieren wird. Zumal alle Ideen, die zumindest eine Bewältigung des Leerstands im Kontext des Wohnungsproblems auf der polnischen und der tschechischen Seite im jeweiligen deutschen Grenzraum vorschlagen, bis heute keine Realisierungschancen haben. Dies sowohl aus politischen, juristischen und – ganz entscheidend – aus mentalen Gründen.

Wohnungsleerstand ist heute zu einem deutlichen Zeichen für ein längerfristiges Problem geworden. Das Konstatieren leer stehenden Wohnraums reicht jedoch als Zustandsbeschreibung für eine schrumpfende Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von produktiven Umgangsweisen mit diesem neuen Phänomen der Schrumpfung ein. Vielmehr müssen Ursachen in der strukturellen Verkopplung von Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung verortet werden – Entwicklungen, die zudem von Globalisierung bzw. Europäisierung und Abbau des deutschen Sozialstaates überlagert werden. Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse.

Auf der Ebene der Stadtpolitik wird die Entwicklung der schrumpfenden Städte dabei von zwei Trends flankiert und nachhaltig beeinflusst: Zum Ersten ist ein Rückgang der traditionellen Leistungen der „europäischen Stadt“ zu konstatieren: Weder über den Arbeitsmarkt, noch über die Versorgung mit soziokultureller Infrastruktur oder über die sozialen Sicherungssysteme können die Städte ihre bisherige Integrationsleistung erfüllen. Ihre soziale Integrationskraft verflüchtigt sich, zudem tritt an die Stelle territorial geschlossener Entwicklungen eine funktionale Partikularisation. Auch kann „Stadtpolitik“ nicht mehr an der Stadtgrenze enden und ihre inhaltliche Ausrichtung wird zunehmend eindimensionaler: Den sinkenden Steuereinnahmen stehen steigende Sozialausgaben gegenüber und reduzieren die Möglichkeiten von Stadtpolitik. Diese muss sich zunehmend auf die Rolle der Moderation beschränken oder steht im Zeichen von Ökonomisierung und Privatisierung, da sie auf die Kooperation mit privaten Investoren angewiesen ist. So fokussiert die „unternehmerische Stadt“ zwangsläufig auf wirtschaftliche Aspekte der Stadtentwicklung. Außerdem führen Fragmentierung und soziale Ungleichheit zu innerstädtischer und stadtreionaler Segregation, es entstehen kleinräumig sozial homogenere Gebiete. Dies zeigt sich vor allem in den Motiven der Suburbanisierung: Lokal-regionale Ortswechsel sind bestimmt von der erwünschten Zugehörigkeit zu einer Statusgruppe und der Suche nach homogenen Alltagsräumen. (vgl. Hannemann, Kabisch & Weiske, 2002, S.257f.).

Zum Zweiten verliert die lokale Politik – und das zeigen z.B. die Akteurskonstellationen beim „Stadtumbau Ost“, wie auch die kommunale Finanznot – ihr Monopol auf die Steuerung der Stadtentwicklung. Steuerungsfunktionen werden pluralisiert: Private Investitionen durch Großprojekte, staatliche Vollzugsaufgaben des Bundes und, wiederum speziell auf den Stadtumbau bezogen, lokal-kommunale Wohnungsunternehmen übernehmen das „urbane Regime“. Hierbei angestrebte kooperative, auf Verhandlungen und Kommunikation beruhende Steuerungsmodi sind zumeist nicht durch die Stadtpolitik initiiert, sondern durch die Förderpolitik von Bund und Land. Dies bedeutet eine Zunahme vertikaler Steuerungsmuster, in denen Stadtpolitik lediglich „reagiert“.

Auf der Ebene der Akteure führt die Realität der „schrumpfenden Stadt“ demzufolge zu neuen Konstellationen, deren wesentliches Merkmal heterogene Trägerstrukturen

und Entscheidungsebenen sind. Die Gruppe der Akteure, die Einfluss und Macht auf städtische Entscheidungen ausüben, wird paradoxerweise zugleich „kleiner“ und „größer“: Im Fall des Stadtumbau Ost beispielsweise entscheiden, trotz integrierter Entwicklungskonzepte, häufig die betroffenen kommunalen Wohnungsunternehmen über den Abriss von Wohnungen nach eigenen betriebswirtschaftlichen Kriterien, die, so lässt sich jetzt schon beobachten, im häufigen Widerspruch zu städtebaulichen und sozialen Kriterien stehen können. Und im Fall der An- bzw. Absiedlung eines Unternehmens haben in den wenigsten Fällen lokale Entscheidungsträger über die Bereitstellung von Fördermitteln hinaus Einflussmöglichkeiten.

Auf der Ebene der Stadtstruktur wiederum zeigt sich im Zuge der Schrumpfung beispielsweise eine Verschiebung von Wahrnehmungs- und Bewertungsmaßstäben: Der wichtigste Ausgangspunkt für die Entfaltung des räumlichen Handelns ist für StadtbewohnerInnen zunehmend der Wohnort bzw. die private Lebenssituation. Die Individualisierung der Lebensperspektiven und -stile löst die Verbindlichkeit fordistischer Raumbindungen Stück für Stück auf. Prekäre bzw. weggefallene, zunehmend nie vorhandene Erwerbsarbeitsverhältnisse führen zur Allgegenwärtigkeit des „Wohnens“ als dominanter Funktion der Einbindung von Bewohnern in die Stadt. Für Städtebau und Stadtplanung allerdings ist genau dies nicht der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen, sondern diese planen, trotz aller Debatten zur Zwischenstadt, traditionell vom Zentrum her und aus der Perspektive eines notwendigen Austarierens der vielfältigen Stadtfunktionen. Diese traditionell gemeinschaftsstiftende Kraft verliert sich allerdings, da sie nicht kongruent zu individuellen Interessen ihre Wirkung entfalten kann.

Die völlig unterschiedliche Bewertung und Wertschätzung von „Öffentlichen Räumen“ aus der Perspektive der heterogenen Stadtakteure ist eine Konsequenz dieser Überlegungen, die sich hier unmittelbar als Themenfeld anschließt. Der jeweilige Sozialcharakter des „öffentlichen Raumes“, also die Nutzbarkeit, wird durch verschiedene, durchaus auch heterogene Aspekte bestimmt (Selle, 2002). Die „Güte“ ein und desselben Raumes kann je nach Blickwinkel bzw. angelegtem Maßstab sehr unterschiedlich sein (Huning, 2003). Der öffentliche Raum, der sich, so der sozialwissenschaftliche Konsens, nicht eindeutig definieren lässt, ist jedoch nicht nur durch Perspektivenvielfalt und Heterogenität, sondern angesichts der Schrumpfungsprozesse durch eine enorme Ausdehnung gekennzeichnet: Mit der Wende erfolgte eine enorme Ausweitung des Angebots an öffentlichen Räumen in den ostdeutschen Städten. Es reicht heute von den „traditionellen“ öffentlichen Freiräumen (Plätze, Parks, Straßen etc.) über die „neuen“ öffentlichen Räume (Passagen, Malls etc.) bis zu den gemeinhin als Stadtbrachen bezeichneten Flächen (nicht mehr in irgendeiner Form bewirtschafteten innerstädtischen Flächen): Also sehen sich immer weniger, immer älter und ärmer werdende StadtnutzerInnen, die zudem immer prekärer werdende Arbeits- und Einkommensverhältnisse bewältigen müssen, mit einem immer größer werdenden Angebot an Möglichkeitsoptionen konfrontiert. Dies wiederum hat eine zunehmende Konkurrenz um die Nutzung öffentlicher Räume zur Folge. Nicht nur die nachlassende Nutzung und damit die fortschreitende Funktionsentleerung,

sondern vor allem die Zunahme von Nutzungen und Funktionen, ausgeweitet auf immer mehr Flächen, ist das Problem. Als Reaktion auf die Schrumpfung müsste genau dieser Prozess aufgehalten werden. Es fragt sich nur wie?

Literatur

- Benke, C. (2003). *Schrumpfende Städte – Wachsende Städte – Ewige Städte. Krisen und Selbstbehauptung der europäischen Stadt*. Unv. Manuskript.
- BMVBW (2000). *Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen*. Berlin: BMVBW
- BMVBW (Hrsg.) (2003). *Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen*. Bonn: BMVBW.
- Bucher, H. & Kocks, M. (1996). Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 11/12, 755-772.
- Bucher, H. (1996). Der Geburtenrückgang in den neuen Ländern. In G. Heinritz (Hrsg.), *Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit*, 50. *Deutscher Geographentag Potsdam* (S. 9-20). Stuttgart: Steiner.
- Engler, W. (2001). Friede den Landschaften! Zur politischen Geographie Ostdeutschlands. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44, 872-879.
- Franz, P. (2003). *Sind schrumpfende Städte gleichbedeutend mit einer schrumpfenden Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland (Diskussionspapier Nr. 175)*. Halle/Saale: Institut für Wirtschaftsforschung Halle.
- Glock, B. (2002). Schrumpfende Städte. *Berliner Debatte Initial*, 13(2), 3-10.
- Göb, R. (1977). Die schrumpfende Stadt. *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 16(II), 149-177.
- Hager, F. & Schenkel, W. (2000). Einleitung. In F. Hager & W. Schenkel (Hrsg.), *Schrumpfungen: Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften* (S. 3-8). Berlin: Springer.
- Hannemann, C. (2002). „Soziales Kapital“ kleiner Städte. *Berliner Debatte Initial*, 13(2), 64-75.
- Hannemann, C., Kabisch, S. & Weiske, C. (2002). Neue Länder – Neue Sitten? Fazit und weiterführende Forschungsfragen. In C. Hannemann, S. Kabisch & C. Weiske (Hrsg.), *Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands* (S. 255-262). Berlin: Schelzky & Jeep.
- Hannemann, C. (2003). Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B28/2003, 16-23.
- Harth, A., Herlyn, U. & Scheller, G. (1998). *Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie*. Opladen: Leske & Budrich.

- Hartke, S. (1978). *Stadtentwicklung ohne Wachstum: dargestellt am Beispiel ausgewählter, voraussichtlicher nicht wachsender Mittelzentren in Niedersachsen; ein Beitrag zur differenzierten Funktionsbestimmung der niedersächsischen Mittelzentren bis 1990*. Hannover: Institut für Landesplanung und Raumforschung der Universität.
- Hartke, S. (1984). Periphere Klein- und Mittelstädte in Bayern: Entwicklung auch ohne Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (Hrsg.), *Der ländliche Raum in Bayern. Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen* (S. 17-58). Hannover: Vincentz.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (1988). Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29 (Soziologische Stadtforschung, hrsg. v. J. Friedrichs)*, 78-94.
- Huning, S. (2003). Sind Shopping Malls die besseren öffentlichen Räume? In U. Altrock, R. Kunze, U. v. Petz & D. Schubert (Hrsg.), *Jahrbuch Stadterneuerung 2003* (S. 109-123). Berlin: TU-Verlag.
- Keim, K. (2001). Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Regenerierung der ostdeutschen Städte. In K.-D. Keim (Hrsg.), *Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland* (S. 9-39). Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung.
- Kil, W. (2002). „Freies Feld von Bitterfeld bis Böhlen...“. Wo die Menschen davonlaufen, verlieren selbst Grund und Boden alle Heiligkeit. *Berliner Debatte Initial*, 13 (2), 11-16.
- Selle, K. (2002). Öffentliche Räume: Drei Annäherungen an ein Thema. In K. Selle (Hrsg.), *Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte* (S. 13-90). Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Sieverts, T. (1997). *Zwischenstadt: Zwischen Ort und Welt, Zeit und Raum, Stadt und Land*. Braunschweig: Vieweg.
- StaBA (2000): Statistisches Bundesamt (Hrsg.). *Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050, Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder*. Wiesbaden: StaBA.

Wir bauen wieder – „Rückbau“ der Städte oder Umbau der Disziplin

Eduard Führ

Schrumpfung

„Schrumpfende Stadt“ ist in Stadtplanung und Stadtsoziologie ein terminus technicus geworden, mit dem man Städte klassifiziert, deren Einwohneranzahl in erheblichem Maße zurückgeht, und bei denen es so aussieht, als wäre dies von Dauer. Im Schrumpfen sieht man eine Gefahr für die Stadt. Im letzten Jahrzehnt schrumpften vor allem die Städte in Ostdeutschland. Das Phänomen findet sich jedoch überall und zu allen Zeiten. Allen ist Rom bekannt, dessen Bevölkerung erst im 19. Jahrhundert wieder so groß war wie in der Antike. Heute ist Rom eine Metropole voll Leben, in die man gerne für ein paar Tage fährt, und steht in einer Reihe mit New York, Paris und London. Was – nebenbei gesagt – für die schrumpfenden ostdeutschen Städte hoffen lässt.

Ich glaube, dass die *Bezeichnung* für die *Bewältigung* des Vorgangs wichtig wird, deshalb werde ich mich, bevor ich mich dem bezeichneten Vorgang selbst zuwende, mit der Bezeichnung auseinander setzen. Versuchen wir deshalb, durch Sprach- und Bilderspiele, Begriff und Vorstellung von „Schrumpfen“ zu präzisieren, um zu verstehen, was mit „schrumpfenden Städten“ gemeint ist.

Wir sagen, dass ein Vermögen schrumpft; ist es geschrumpft, dann hat man weniger als vorher. Geschieht dies in größerem Maße, dann war man vorher reich und ist nun arm. Wenn man nicht gerade Franziskaner, also Mitglied eines Bettelordens, ist, dann ist das Schrumpfen des Vermögens also etwas, das schlecht ist. Ist man allerdings Franziskaner, dann ist es unabdingbar und ethische Pflicht, also gut. Ein Apfel ist am Ende des Winters geschrumpft; das allerdings tut seinem Geschmack keinen Abbruch. Auch eine Salami schrumpft, wenn sie abhängt. Sie reift und schmeckt besser, als wenn sie frisch wäre. Eisbeeren sind geschrumpft und bringen den besten Wein. Schrumpfen wäre also gar nicht schlecht. Wenn ich ein Stück Zucker im Tee auflöse, schrumpft es dann? Schrumpft ein Baum, wenn er im Herbst seine Blätter verliert? Schrumpft die Apfelsine, wenn ich sie schäle? Schrumpfe ich, wenn ich mir die Haare schneiden lasse? Wenn ich einen Krug leer trinke, schrumpft er dann? Wird er nicht einfach leerer, bleibt aber Krug? Wenn ich mit meiner Familie ein kleines Einfamilienhäuschen mit Wohnzimmer, Küche, einem Eltern- und zwei Kinderschlafzimmern bewohne, schrumpft es dann, wenn meine beiden Kinder erwachsen werden und ausziehen? Wird das Haus nicht eher größer? Ziehen nicht viele alte Leute in eine neue, kleinere Wohnung, weil ihnen die alte Wohnung „zu groß“ geworden ist?

Also wachsen denn nicht eigentlich die Städte, wenn die Einwohneranzahl zurückgeht? Werden sie nicht größer, weil sie von weniger Bewohnern genutzt werden?